

Menschenrechtspicknick am 02.09.2017 von FIAN und Info- und Diskussionsveranstaltung zur aktuellen Friedensentwicklung in Kolumbien

Kolumbien leidet seit 60 Jahren unter einem internen bewaffneten Konflikt mit diversen Akteuren. Nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen FARC (Fuerza Armada Revolucionaria de Colombia – grösste Guerillagruppe Kolumbiens) und Regierung wurde Ende letzten Jahres ein Friedensvertrag geschlossen. In einer Volksabstimmung im Oktober 2016 zeigte sich durch das „nein“ zum Friedensvertrag wie gespalten das Land ist. Erst durch Nachverhandlungen konnte der Friedensvertrag doch noch ratifiziert werden und befindet sich derzeit in der Umsetzungsphase.

Die Gäste aus Kolumbien werden über die aktuelle Situation in ihren jeweiligen Regionen (Quibdó, Arauca, La Guajira und Antioquia) berichten und informieren vor allem über die bisherige Umsetzung des Friedensvertrags zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung und deren Auswirkungen aus Perspektive der Zivilgesellschaft und den katholischen Partnerorganisationen. Sie werden Chancen und Herausforderungen in der Umsetzung des Friedensabkommens diskutieren, sowie einen Ausblick auf die aktuellen Verhandlungen zwischen Regierung und ELN (Ejército de Liberación Nacional = zweitgrösste Guerillagruppe Kolumbiens) in Quito/Ecuador geben. Die Gebiete in denen die Gesprächspartner aktiv sind leiden unter einer humanitären Krise und massiven Menschenrechtsverletzungen, die nicht zuletzt durch eine Zuspitzung des Konflikts mit dem ELN und eine Ausweitung des Paramilitarismus hervorgerufen wird. Die vertretenen Organisationen arbeiten mit Opfern des bewaffneten Konflikts und setzen sich für Frieden und Versöhnung ein. In diesem Sinne unterstützen sie das Friedensabkommen mit der FARC-EP und begleiten den Verhandlungsprozess mit der ELN. Gleichzeitig sind sie sich der Herausforderungen bewusst, die der Aufbau eines dauerhaften und stabilen Friedens mit sozialer und Umwelt-Gerechtigkeit im Kontext einer fortwährenden Polarisierung des Landes bedeutet.

Trotz, oder gerade aufgrund des Friedensprozesses, steigt die Zahl der verfolgten, bedrohten und ermordeten Menschenrechtsverteidiger*innen und Gemeindevertreter*innen, die sich für ihre Rechte, für soziale Gerechtigkeit, den Schutz der Umwelt, sowie die Verteidigung von Land und natürliche Ressourcen einsetzen, erneut an. Das Machtvakuum in den zuvor von der FARC-Guerilla dominierten Gebieten, wird nun von anderen bewaffneten Gruppen ausgenutzt, welche die rohstoffreichen, fruchtbaren oder strategisch günstig gelegenen Territorien besetzen. Hierdurch wird ein Frieden in diesen Regionen erschwert. Auch die staatliche extraktive Politik, die auf Bergbau und Energiegewinnung als Wachstumsmotor setzt, und den ökonomischen Interessen der Unternehmen Vorrang vor dem Schutz der lokalen Gemeinden gibt, verletzt Menschenrechte, führt häufig zur Vertreibung von bereits vom Bürgerkrieg betroffenen Bevölkerung, spaltet die geschwächte Zivilgesellschaft und provoziert Umweltkonflikte.

Die Vertreter von CJL und der Diözesen von Quibdó, Arauca und Riohacha fordern, dass effektive Massnahmen zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger*innen ergriffen werden,

dass der Friedensvertrag mit der FARC zügig und unter Einbeziehung von Opfern und sozialen Organisationen umgesetzt wird, sowie, dass der Verhandlungsprozess mit dem ELN ernsthaft und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft weitergeführt wird.

Hierfür hoffen sie auch auf die Aufmerksamkeit und Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, die Fortsetzung einer aktiven Begleitung durch die deutsche Regierung und durch die solidarische Zivilgesellschaft!



Quelle: Projekt Lateinamerika global – nachhaltig